

Vorlage-Nr.: **3519-2010/DaDi** vom 30.03.2010

Aktenzeichen: 039-002

Fachbereich: Fraktion von Die Linke-DKP
Walter Busch-Hübenbecker

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Nr.	Gremium	Status	Zuständigkeit
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Protest gegen die ungenügende Finanzausstattung der Kommunen
Antrag Die Linke/DKP**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Darmstadt- Dieburg beschließt folgende Eckpunkte gegen die ungenügende Finanzausstattung unseres landkreises:

1. Der Kreisausschuss wird beauftragt, eine Verfassungsklage gegen die ungenügende Finanzausstattung der Kommunen beim Bundesverfassungsgericht einzureichen und die Stadt Niedenstein bei Ihrer Klage zu unterstützen. Dabei soll der Kreisausschuss sich mit der Stadt Niedenstein in geeigneter Form abstimmen
2. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, einen Protest- und Aktionstag zu dieser Thematik im Landkreis Darmstadt-Dieburg zu organisieren und die Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme an Aktionen zu motivieren und aufzufordern.
3. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, überörtliche Protestaktionen, z.B. der kommunalen Spitzenverbände, aktiv zu unterstützen und im Landkreis Darmstadt- Dieburg dafür zu mobilisieren.
4. Der Kreistag Darmstadt- Dieburg beschließt folgende Resolution an die Bundes- und Landesregierung:

„Der Landkreis Darmstadt- Dieburg fordert die Bundesregierung und an die Hessische Landesregierung auf:

Sorgen Sie schnellstens dafür, dass eine Gemeindefinanzreform beschlossen wird, die die Einnahmen der Städte und Gemeinden dauerhaft stärkt; die Ihnen die Möglichkeit gibt, ihre Pflichtaufgaben zu finanzieren und ihnen Gestaltungsspielraum für kommunale Selbstverwaltung eröffnet.

Schaffen Sie die juristischen und finanziellen Grundlagen für eine schnelle und nachhaltige

Entschuldung der Kommunen.

Sorgen Sie dafür, dass das Konnexitätsprinzip in vollem Umfang zur Anwendung kommt – alle, den Kommunen übertragenen Aufgaben müssen in vollem Umfang finanziert werden.“

Begründung:

Die Finanzlage des Landkreises darmstadt- Dieburg ist dramatisch: allein im Jahr 2010 entsteht ein Fehlbetrag von über 39 Mio. € für das Jahr 2011 wird ein Fehlbetrag von über 56. Mill. € erwartet!

Insgesamt ist von einem Fehlbetrag von mehr als 82 Millionen € auszugehen.

Bereits in seiner Rede vom 14.12.2009 zum Haushalt 2010/2011 hat Herr Landrat Schellhaas darauf hingewiesen, dass der Landkreis aus eigener Kraft nicht mehr diese Defizite ausgleichen kann.

Deshalb ist politisches Handeln gemeinsam mit den Bürgern des Landkreises Darmstadt- Dieburg notwendiger denn je!

Deutschland ist kein armes Land: noch nie gab es soviel Geldvermögen in privater Hand, wie heute. Rettungsschirme für Banken waren innerhalb weniger Wochen aufgespannt – hier war man mit zig Milliarden schnell bei der Hand. Aber wo bleibt der Rettungsschirm für Kreise, Städte und Gemeinden?

Dramatische Appelle der kommunalen Spitzenverbände und ihrer Mitgliedskommunen verhallen seit Jahren weitgehend ungehört. Deshalb ist es höchste Zeit, den Appellen jetzt massive Protestaktionen und auch eine juristische Auseinandersetzung folgen zu lassen. In Art. 28 Grundgesetz heißt es: „Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung“ und in Art. 137 der hessischen Verfassung: „Der Staat hat den Gemeinden und den Gemeindeverbänden die zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel im Wege des Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern.“

Die angestrebte Verfassungsklage der Stadt Niedenstein stellt eine neue Qualität des Protestes dar, da hiermit die Ebene reiner Appelle verlassen wird. Sie zeigt, dass auch kleine Kommunen aktiv werden können und sich nicht hinter den Großen verstecken müssen. Allerdings wäre es sicher hilfreich, wenn Niedenstein durch andere Städte und Gemeinden und Landkreise bei der Klage umfassend unterstützt wird. Der Landkreis Darmstadt- Dieburg sollte sich Niedenstein solidarisch an die Seite stellen.

Der beantragte Protest- und Aktionstag könnte intensiv genutzt werden, um die Bürger zu informieren und zu mobilisieren. Das Kreishaus aus Protest für einen Tag zu schließen, wie es von anderen Kommunen erwogen wird, könnte geeignet sein an diesem Tag auf die finanzielle Schieflage hinzu weisen. An diesem Tag sollte mit umfassenden und detaillierten Informationen für die Bürgerinnen und Bürger zum Haushalt, zur Art und zur Struktur der Schulden zu den umfassenden Aufgaben und Angeboten der Kreisverwaltung hingewiesen werden. Gleichzeitig könnte auf dem Gelände des Kreishauses eine Protestkundgebung stattfinden, zu der auch Bundes- und Landtagsabgeordnete und andere Persönlichkeiten eingeladen werden, um Stellung zu nehmen. Vertreter von Vereinen und Verbänden könnten hier ebenfalls informieren und beschreiben, welche Unterstützung sie von einer auch finanziell handlungsfähigen Kommune erwarten.